

DIREKT

DAS DEUTSCHE
BAUGEWERBE



Aktuelles vom Deutschen Baugewerbe

3/2019



BauForum Mittelstand in Berlin

Seite 4 – 5

Bundesparteitag der Freien Demokraten in Berlin

Seite 6 – 7

Wohnungsbautag in Berlin

Seite 8 – 9

Impressum

Chefredaktion: Dr. Ilona K. Klein
Redaktion: Daniel Arndt

AutorInnen: Rudolf Domscheid, Matthias Kampa, Katrin Kandaourouff, Barbara Rosset (Gewerbespezifische Informationstransferstelle, gefördert durch die Bundesrepublik Deutschland; Zuwendungsgeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages), Dunja Salmen

Sie haben die Möglichkeit, dem Erhalt der Zeitschrift ZDB DIREKT zu widersprechen. Bitte lassen Sie uns dazu eine kurze Nachricht zukommen: widerspruch@zdb.de

Bildnachweise:

Titelfoto: ProLogo
S. 3: ZDB / Tobias Koch
S. 4 / 5: ZDB / Ruffer
S. 6 / 7: ZDB / Becker, ZDB / Arndt (Foto Solms)
S. 8 / 9: Verbändebündnis Wohnungsbau
S. 10 / 11: ZDB / Küttner (Fliesenleger), ZDB / Pflug (Betonstein), „Das-ist-Bodenhandwerk“ (Estrich/Parkett)
S. 13: pixabay
S. 14: Messe München
S. 15 (oben): VDMA / Fotostudio Laske
S. 15 (unten): ZDB / Pakleppa
S. 16, 17, 20 (unten): ZDB/Kampa
S. 20 (oben): BMAS
S. 20 (unten): ZDB / Rabe
S. 21 (oben): Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz

Zentralverband des Deutschen Baugewerbes
Kronenstraße 55 – 58, 10117 Berlin
Telefon 030 20314-408
Telefax 030 20314-420
E-Mail presse@zdb.de

ISSN 1865-0775

Sehr geehrten Damen und Herren,

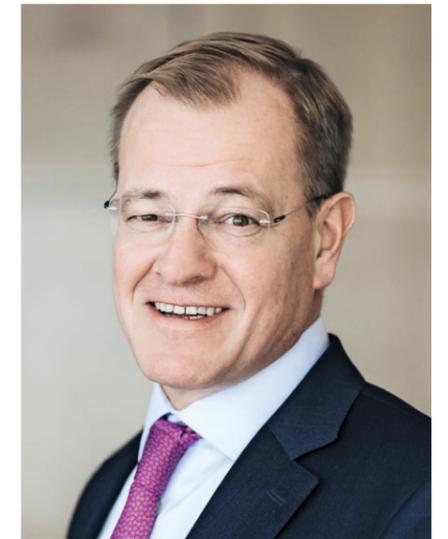
wenn Sie diese Ausgabe unserer Zeitschrift in den Händen halten, haben gerade die **Wahlen zum Europäischen Parlament** stattgefunden. Weiterhin gilt: Europa kann nur besser werden, wenn wir es miteinander gestalten und an Lösungen arbeiten, die die unterschiedlichen Anliegen aller Mitgliedsstaaten berücksichtigen. Im zwischenstaatlichen Zusammenspiel gilt es, Europa dort Vorrang zu geben, wo nationale Antworten zu kurz greifen – aber gleichzeitig dann auch den Mitgliedstaaten Souveränität zuzugestehen, wenn länderspezifische Lösungen die bessere Alternative sind. Auch die neue Europäische Kommission ist aufgefordert, sich auf die europäischen Kernthemen zu besinnen und Regularien und Vorschriften nur dann zu erlassen, wenn gemeinsame Regeln wirksamer als auf nationaler Ebene sind.

Die nationale Ebene bleibt aber weiter gefordert, zum Beispiel in Sachen **Wohnungsbau**. Anfang Mai hat das Verbändebündnis Wohnungsbau, in dem auch der ZDB aktiv ist, zum 11. Mal den „Wohnungsbautag“ in Berlin veranstaltet. Tenor: Wir brauchen eine einfachere und schnellere Bereitstellung von Bauland, um den Anforderungen auf dem Wohnungsmarkt zu begegnen. Die Baulandbereitstellung darf kein Flaschenhals sein! Dass wir als Branche unseren Beitrag leisten und unsere Kapazitäten ausweiten, sieht man an der jüngsten **Ausbildungsstatistik**: Ende März hatten wir bei den Ausbildungsverhältnissen ein Plus von gut fünf Prozent gegenüber dem Vorjahr. Investitionen in die Ausbildung sind Investitionen in

die Zukunft – und die Bauwirtschaft ist und bleibt ein attraktiver Arbeitgeber, der für hohe Ausbildungsvergütungen, gute Bezahlung und attraktive Karrierechancen steht.

Wir liefern also – und erwarten gleichzeitig, dass investive Impulse seitens der Politik gesetzt werden. Zuletzt brachte Bundesbauminister Seehofer die steuerliche Förderung der **energetischen Sanierung im Gebäudebestand** ins Gespräch. Richtig, denn: Im Gebäudesektor kann durch energetische Sanierung ein großer Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Das Instrument der steuerlichen Sanierungsförderung zählt dabei zu den wirkungsvollsten. Nach Angaben der dena können allein dadurch bis 2030 ca. 3,39 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Das entspricht rund einem Viertel des gesamten Einsparpotenzials im Gebäudebereich. Diese Chance muss genutzt werden.

Eine Chance, die bislang leider nicht genutzt wurde, liegt im **Fachkräfteeinwanderungsgesetz**. Der vorliegende Gesetzentwurf dürfte das Arbeitskräfteproblem auf deutschen Baustellen deutlich verschärfen. Eigentlich soll das Gesetz Beschäftigung in Deutschland ermöglichen. Aus unserer Sicht ist es problematisch, dass die auf dem Gesetz basierende Beschäftigungsverordnung keine Möglichkeit eröffnet, Menschen mit langer berufspraktischer Erfahrung, innerhalb derer sie vertiefte Kenntnisse und Fertigkeiten erworben haben, einen Aufenthaltstitel in Deutschland einzuräumen. Denn die vorgesehene Ausnahmeverordnung beschränkt dieses nur auf die Branche der Informations- und Kommunikationstechnologien.



Die Bundesregierung plant in diesem Jahr in einzelnen Gewerken die Wiedereinführung der Meisterpflicht. Nach über 15 Jahren ist es völlig richtig, zu überprüfen, in welchen Gewerken sich die HwO-Novelle von 2009 bewährt hat – und wo eher nicht. Im Baubereich gibt es einen erheblichen Bedarf im Fliesenleger-, Estrichleger-, Betonsteinhersteller- und Parkettlegerhandwerk für die Rückkehr in die Anlage A.

Viel Vergnügen bei der Lektüre,
Ihr

RA Felix Pakleppa

BauForum Mittelstand: Ein Blick in die Branche

Unternehmertreffen zum fünften Mal in Berlin

Ende März trafen sich auf Einladung der Bauverbände ZDB und HDB erneut mittelständische Bauunternehmer in Berlin, um im Rahmen des „BauForum Mittelstand“ über aktuelle Themen der Branche zu diskutieren. Schwerpunktthemen der fünften Ausgabe der Veranstaltung: Digitalisierung der Bauwirtschaft und die Situation des Wohnungsbaus in Deutschland.

Wieder einmal dient ein gutes konjunkturelles Umfeld als Kulisse: Die Umsatzentwicklung schloss 2018 mit 11,3 Prozent im Bauhauptgewerbe (nominal), die Betriebe stellen mehr Personal ein und investieren in Anlagen. Unter diesen Vorzeichen luden die beiden großen deutschen Bauverbände, der Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) bereits zum fünften Mal zum „BauForum Mittelstand“ in die Hauptstadt. Ausgerichtet wird das Branchentreffen gleichermaßen vom ZDB-Ausschuss Wirtschaft und Recht sowie vom Mittelstandsausschuss des HDB.

Digitalisierung heißt Kulturwandel

Bereits in seinen Eröffnungsworten wies Rüdiger Otto, Vizepräsident des ZDB und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Recht, auf die Verantwortung

hin, die Bauunternehmen angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen zu- kommen: „Wir sind doch diejenigen, die in den unterschiedlichen Positionen das Land aufbauen, Wohnungen bereitstellen, Straßen und Brücken reparieren.“ Mit Blick auf die Schwerpunkte des BauForums mahnte Otto aber auch, die eigene Innovativität zu fördern: „An die Digitalisierung müssen wir ran!“ Wie es um die Digitalisierung in der Bauwirtschaft bestellt ist, zeigte dann Prof. Dr. Manfred Helmus von der Bergischen Universität Wuppertal (BUW). Im Auftrag des RKW Kompetenzzentrums untersuchte er den Stand der Digitalisierung seitens der Bauunternehmen sowie die Implikation für die Beschäftigungslage. „Wichtig ist, dass wir zu einer prozessübergreifenden Denkweise kommen, wenn wir die Digitalisierung meistern wollen“, erläuterten Helmus angesichts der Erwartungen an neue Berufs- und Kompetenzfelder. „Die Baubranche ist traditionell konservativ – wenn wir Innovationen fördern wollen, bedeutet das auch einen kulturellen Wandel“, führte der Wuppertaler Professor aus.

In einer anschließenden Gesprächsrunde kommentierten Vertreter von Wissenschaft, Ausbildung und Wirtschaft die Chancen und Herausforderungen, die mit der Digitalisierung verbunden sind. Thomas Murauer, Geschäftsführer des BZB Krefelds, weist auf

den Bedarf hin, auch die Ausbildung einzu- beziehen: „Wir müssen die Rahmenlehrpläne flexibel gestalten, um digitale Inhalte einzubringen.“ Heribert Jöris, Geschäftsführer Sozial- und Tarifpolitik im ZDB, führt an, dass nicht nur die Ausbildung, sondern auch die Weiterbildung im Fokus stehen muss. Man dürfe der Digitalisierung nicht hinterherlaufen. Jöris lenkt außerdem den Blick auf die große Gruppe der Beschäftigten in niedrigen Lohngruppen, die mit teils einfachsten Hilfstätigkeiten beschäftigt seien. Dieter Babel, Hauptgeschäftsführer des HDB, weist auf ein Forschungsprojekt hin, bei dem die Baustelle 2030 als Szenario beleuchtet würde.

Regularien und Vorschriften auf ihren Nutzen prüfen

Zweiter Schwerpunkt des BauForums Mittelstand war dann die aktuelle Lage im Wohnungsbau. Dr. Andreas Geyer, Hauptabteilungsleiter Wirtschaft im ZDB, geht in seiner Moderation auf die mediale Aufmerksamkeit ein, die dem Wohnungsbau vermehrt zuteil wird. Wie viel gebaut wird und wie viel gebaut werden müsste waren dann die Fragen, die Dr. Reiner Braun, Geschäftsführer empirica, ins Zentrum seines Vortrags stellte. „Mittelfristig wird die Neubaunachfrage wieder sinken“, erklärt Braun mit Blick auf die demografische Entwicklung im Land. Außerdem riet er zur Vorsicht, wenn man fertiggestellte Wohnungen und Baugenehmigungen vergleiche – die dazwischenliegende Bauzeit müsse schließlich mitgedacht werden. „Die Lage muss flächendeckend betrachtet werden, in kreisfreien Städten, Landkreisen und den Top-7-Städten zeichnet sich jeweils ein anderes Bild, was den tatsächlichen Neubaubedarf angeht“, erläuterte Braun außerdem.

Politischer Gast des BauForums war in diesem Jahr der baupolitische Sprecher der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag. In seinem Impuls sprach er sich klar für den Mittelstand aus: „Wenn es der Industrie schlecht geht, kommt der Staat und hilft – wenn es dem Mittelstand schlecht geht, kommt der Pleitegeier.“ Föst stellte außerdem die Leitplanken der Baupolitik seiner Fraktion dar: Es müsse mehr gebaut werden, günstig gebaut werden, schnell gebaut werden und es dürfe der ländliche Raum nicht vergessen werden. „Wir müssen als Politik nachhaltige Rahmenbedingungen schaffen, sodass Sie nachhaltig wirtschaften können“,



Panel zu den Herausforderungen der Digitalisierung der Baubranche

erklärt er gegenüber den Unternehmern, die er außerdem um Praxisbeispiele zur Bürokratie in der Bauwirtschaft bat. „Wir fordern einen Bürokratie-TÜV, der das vorhandene Regelwerk einmal auf seinen tatsächlichen Nutzen hin durchleuchtet“, so Föst.

Das abschließende Panel fasste die Erwartungen der Bauunternehmen an die Adresse der Politik nochmals zusammen. Gisela Raab, Geschäftsführerin der Raab Baugesellschaft mBH & Co. KG, machte darauf aufmerksam, dass Bauunternehmen ja einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisteten, wenn es beispielsweise um die Frage nach bezahlbarem Wohnraum auch für Senioren und Ältere geht: „Angst vor Altersarmut ist ein Thema in unserer Zeit. Will man als Unternehmen durch den Bau von Wohnungen helfen, sollte es hierfür seitens Politik und Verwaltung aber mehr Unterstützung geben – bürokratische und verfahrensbedingte Hindernisse sind da wenig hilfreich.“ Auch Jörg Muschol, Niederlassungsleiter der Dreßler Bau GmbH und Jörg Brömer, Geschäftsführer Brömer & Sohn GmbH, pflichteten dem in ihren Statements bei. Muschol sprach sich für die Einführung einer Musterbauordnung aus, die dann auch verbindlich durchgesetzt werden würde. Brömer forderte, die Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu stärken und die baupolitischen Aufgaben partnerschaftlich anzugehen. Daniel Föst versicherte: „Ihre Beispiele sind enorm hilfreich, damit wir als Politik auch wissen, wie praxisorientierte Lösungen aussehen müssen.“ Fazit: Der Dialog wird fortgeführt, um auch zukünftig Wohnungen bauen, Brücken errichten und Verkehrswege schaffen zu können.



Daniel Föst MdB (FDP) im Gespräch mit Bauunternehmerin Gisela Raab



Dr. Reiner Braun stellt eine Studie zur Entwicklung des Wohnraumbedarfs vor



ZDB-Vizepräsident Rüdiger Otto eröffnet das BauForum Mittelstand 2019

Bundesparteitag der Freien Demokraten in Berlin

Großes Interesse am Stand des Deutschen Baugewerbes



Klares Bekenntnis zum Meister - die wirtschaftspolitischen Sprecher der Bundestags- und Landtagsfraktionen am ZDB-Stand

Vom 26. bis zum 28. April 2019 fand in Berlin der 70. Ordentliche Bundesparteitag der Freien Demokraten (FDP) in Berlin statt. Auch in diesem Jahr wieder mit dabei: Das ZDB-Team, um im direkten Kontakt mit den Vertretern der Partei für die Anliegen der mittelständischen Bauwirtschaft zu werben.

Schon zur Tradition geworden ist der Veranstaltungsort des Bundesparteitags der Freien Demokraten: Auch in diesem Jahr hat sich die Partei wieder für die STATION Berlin entschieden, das Gelände eines ehemaligen Güterbahnhofs. Passend zu diesem historischen Ambiente stellte der ZDB eines der derzeitigen Top-Themen in den Mittelpunkt der politischen Gespräche: Die Wiedereinführung der Meisterpflicht für einige Gewerke, die 2004 aus der Anlage A der Handwerksordnung in die Anlage B1 gewechselt sind. Konkret im Fokus stehen für den ZDB die Berufe Fliesenleger, Estrichleger, Betonsteinhersteller und Parkettleger.

Seit der Novelle der Handwerksordnung ist deutlich geworden, dass es in einigen Gewerken zu Fehlentwicklungen gekom-

men ist – was beispielsweise an der steigenden Zahl von Sachschäden deutlich wird, die durch unqualifizierte verursacht werden. Daher ist eine Rückkehr zur Meisterpflicht notwendig. Wichtig auch: Der Meisterbetrieb nimmt eine elementare Funktion im System der dualen Ausbildung wahr; einem der Eckpfeiler der sozialen Marktwirtschaft, der sich über viele Jahre bewährt hat.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Präsenz auf dem Parteitag durchaus gelohnt: Zahlreiche Vertreter der Partei, darunter die wirtschaftspolitischen Sprecher der Bundes- und Landtagsfraktionen, haben sich klar zum Meisterbrief bekannt. Das ist ein positives Signal im aktuellen parlamentarischen Verfahren. Derzeit prüft eine Koalitionsarbeitsgruppe der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD, wie für einzelne Berufsbilder der Meisterbrief europarechtskonform wiedereingeführt werden kann.

Darüber hinaus besuchten auch die Spitzen von Partei und Fraktion den Stand des Baugewerbes. Neben Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki und Hermann

Otto Solms, Ehrenvorsitzender der Bundestagsfraktion, war auch Nicola Beer, die damalige Spitzenkandidatin ihrer Partei im Europawahlkampf zu Gast. Ein besonderer Gast durfte natürlich ebenfalls nicht fehlen: Christian Lindner, Bundesvorsitzender der Freien Demokraten und Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion, besuchte den ZDB-Stand. Dieser wurde tatkräftig unterstützt von Julian Kersting, Fliesenlegergeselle aus Warendorf, und Ahmad Tawana, Stuckateurmeister aus Brühl (beides Nordrhein-Westfalen). Die beiden Nachwuchshandwerker zählen zu den besten ihres Faches und haben erfolgreich an den Deutschen Meisterschaften in den Bauberufen teilgenommen und damit erstklassige Botschafter für die duale Ausbildung am Bau.



Nicola Beer MdB, Spitzenkandidatin für die Europawahl



Wolfgang Kubicki MdB im Gespräch mit Felix Pakleppa (ZDB) und Dr. Bernd Buchholz, Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein



Daniel Föst MdB, Manfred Todtenhausen MdB (v.l.) mit dem Ehrenfraktionsvorsitzenden Hermann Otto Solms MdB (m.)



Christian Dürr MdB



Michael Theurer MdB

Ein Masterplan für mehr Bauland und mehr Sozialwohnungsbau

11. Wohnungsbautag in Berlin



Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen diskutieren über Maßnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus

Das Wohnen ist längst für einen guten Teil der Bevölkerung zur alles entscheidenden sozialen Frage geworden, so das Fazit des 11. Wohnungsbau-Tages. Das Verbändebündnis Wohnungsbau, dem auch der ZDB angehört und das den Branchengipfel veranstaltet, forderte deshalb Anfang Mai in Berlin einen „Masterplan für den sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau“.

Deutschland baut – viel zu teuer. Bereits zum 11. Mal lud das Verbändebündnis „Impulse für den Wohnungsbau“ ein, um die aktuelle wohnungsbaupolitische Lage zu diskutieren. Neben dem ZDB sind weitere Vertreter der Bau- und Immobilienwirtschaft sowie der Wohnungswirtschaft und auch der Mieterseite in dem Bündnis organisiert.

Ein wichtiger Punkt dabei sei die Bereitstellung von neuem Bauland. Das Angebot an Grundstücken, die aktuell und in den kommenden Jahren auf den Markt kommen, werde zunehmend rarer. Fehlendes Bauland und steigende Grundstückspreise – über kurz oder lang drohe hier sogar eine „Austrocknung des Marktes“.

Bundesweit werde im sozialen Wohnungsbau aktuell lediglich ein Drittel von dem gebaut, was tatsächlich an neuen Sozialmietwohnungen – nämlich 80.000 pro Jahr – nötig sei. In dem Thema liege ein ungeheurer sozialer Sprengstoff. Zudem müsse ein neues Wohnungsbaukonzept auch den bezahlbaren Wohnungsbau deutlich stärker in den Fokus rücken, der – ebenso wie der Bau von Sozialmietwohnungen – entscheidend für das soziale Klima im Land sei. „Das Problem des bezahlbaren Wohnens ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, so das Verbändebündnis Wohnungsbau. Es hält den Neubau von mindestens 60.000 bezahlbaren Mietwohnungen pro Jahr für dringend erforderlich. Nur gut die Hälfte (55 Prozent) davon werde derzeit aber tatsächlich gebaut.

Beim sozialen und bezahlbaren Wohnungsbau müssten gerade der Bund und die Länder „schnell eine Strategie entwickeln und finanziell enorm nachlegen“. Und auch grundsätzlich dürfe es „nicht länger eine Wohnungsbaupolitik kurzfristiger Investitionsprogramme nach Haushalts- bzw. Kassenlage geben“.

Die Brisanz, die hinter der Wohnungsknappheit steckt, macht eine aktuelle Studie deutlich, die das Prognos-Institut auf dem Wohnungsbau-Tag präsentierte. Unter dem Titel „Wer baut

Deutschland?“ machen die Wissenschaftler darin eine „Inventur zum Bauen und Wohnen 2019“.

Gerade in den gut 40 Städten, in denen die Lage auf den Wohnungsmärkten am angespanntesten ist, findet insgesamt zu wenig Wohnungsneubau statt, so das Prognos-Institut. Er verlagere sich ins Umland, bei Boomstädten in die Speckgürtel. Dies wiederum habe erhebliche Folgen für die Mobilität. Der Pendlerverkehr wachse weiter an. Das Verbändebündnis Wohnungsbau fordert daher von den Kommunen, den ÖPNV deutlich auszubauen.

Eine weitere Folge des Wohnungsmangels hat, so die Studie, unmittelbare Auswirkungen auf die Quantität und Qualität des Wohnens selbst: Die neu gebauten Wohnungen werden kleiner. So sei die durchschnittliche Wohnfläche je Neubauwohnung in den letzten sechs Jahren um rund elf Quadratmeter zurückgegangen – ein Minus von zehn Prozent.

Zudem werde die Luft für private Investoren und Projektentwickler, Wohnraum noch bezahlbar und rentabel zu bauen, immer dünner. Schuld daran seien die Preistreiber des Wohnungsbaus – allen voran hohe Grundstückskosten.

Das Prognos-Institut weist in seiner Studie nach, dass teurer werdende Baugrundstücke die Mieten erheblich nach oben treiben. Allein durch die Erhöhung der Geschossflächenzahl – also durch das Verdichten, das „Wachsen von Gebäuden nach oben“ – sei es insbesondere in Boomstädten möglich, den Anstieg der Mieten im Neubau zum Teil erheblich zu bremsen.

Ein entscheidender Engpass sei auch die Kapazität auf dem Bau: „Die Bauwirtschaft hat ihre Kapazitäten schon wieder deutlich aufgebraucht. Für weitere Anpassungen braucht es nachhaltige Rahmenbedingungen. Befristete politische Maßnahmen bieten zu wenig Investitionssicherheit“, so das Verbändebündnis. Nur mit dieser Perspektive könne die Bauwirtschaft dauerhaft zusätzliche Kapazitäten aufbauen und damit das Niveau der Bautätigkeit nachhaltig sichern.

Das bestätigte im Rahmen des Wohnungsbautags auch Reinhard Quast, Präsident des ZDB: „Die Nachfrage nach Wohnraum reißt nicht ab. Die Bauwirtschaft steht bereit, die Genehmigungen auch in Fertigstellungen umzusetzen. Wir haben unsere Kapazitäten dazu



ZDB-Präsident Reinhard Quast



Ralph Brinkhaus MdB, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Andrea Nahles MdB, SPD-Vorsitzende und Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion



Marco Wanderwitz MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bauministerium

auch noch weiter aufgestockt und seit 2010 mehr als 130.000 Beschäftigte neu eingestellt. Die Zahl der Ausbildungsplätze haben wir allein seit 2015 um 10 Prozent erhöht. Mit 8 Mrd. Euro investieren wir mittlerweile jährlich gut 50 Prozent mehr in Geräte als noch im Jahr 2010. Wir werden unsere Kapazitäten weiter betriebswirtschaftlich nachhaltig anpassen. Im Fokus steht dabei die mittel- und langfristig gesicherte Nachfrage nach Bauleistungen. Hier muss die Politik für stabile Rahmenbedingungen sorgen. Befristete Maßnahmen sind hier kontraproduktiv“.

Auch das Prognos-Institut fordert in seiner Studie mehr Verlässlichkeit bei wohnungsbaupolitischen Instrumenten und beim Förderrahmen. Temporäre Impulse – wie das von der GroKo eingeführte Baukindergeld oder die lange diskutierte, immer noch nicht eingeführte Sonder-AfA auf Zeit für den Mietwohnungsbau – seien nicht geeignet, um mittel- bis langfristig die Kapazitäten zu erreichen, die der Wohnungsbau dringend brauche.

Das Verbändebündnis Wohnungsbau übte auf dem Wohnungsbau-Tag scharfe Kritik an Bund, Ländern und Kommunen: „Es passiert auf allen drei Ebenen viel zu wenig. Der Wohnungsbau kommt nur schleppend voran, weil ein beherztes politisches Zupacken fehlt.“ Dazu gehörten bei Bund und Ländern vor allem auch eine deutliche Entschlackung der Bauvorschriften und bei den Kommunen zügigere Genehmigungsverfahren durch mehr Personal und Digitalisierung in den Baubehörden.

Auch die Wissenschaftler vom Prognos-Institut schreiben der Politik klare Forderungen ins Stammbuch: „Bei neuen Maßnahmen, Gesetzen oder Förderungen sollte nicht die kurzfristige Perspektive der kommenden zwei bis vier Jahre im Fokus stehen.“ Notwendig sei vielmehr ein strategischer Blick darauf, was für die Wohnungsmärkte mittel- bis langfristig erforderlich ist. Der Wohnungsbau-Tag forderte eine Wohnungsbau-Strategie mit Perspektive und keine „politische Fahrt auf Sicht – von einem Wahltermin zum anderen“.

Die Antwort der Politik ließ nicht lange auf sich warten: Im Rahmen eines Fachforums kommentierten unter anderem die Bundesvorsitzende der SPD und Vorsitzende der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Andrea Nahles, sowie der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, Ralph Brinkhaus, die aktuellen Vorhaben der Bundesregierung in Sachen Wohnungsbau. Auch Marco Wanderwitz (CDU), Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, bilanzierte die bisherige Arbeit in dem Themenfeld: „Wir sind dabei, die Maßnahmen des Wohngipfels umzusetzen und die Wohnraumoffensive voranzutreiben. Dabei geht es um investive Anreize und soziale Impulse.“

Anmerkung: Der Text ist angelehnt an eine Presseinformation des Verbändebündnisses

Auf dem Weg zum Meister

Wiedereinführung der Meisterpflicht für einige Gewerke geplant

Es ist seit langer Zeit eines der Kernanliegen des ZDB: Die Wiedereinführung der Meisterpflicht für einzelne Gewerke, die 2004 im Zuge der Novelle der Handwerksordnung aus der Anlage A in die Anlage B1 überführt wurden. Nun ist ein entsprechendes Gesetzgebungsverfahren in Vorbereitung.

Der Meisterbrief: Rüstzeug für modernes Unternehmertum, Garant für fachliche Kompetenz, Inbegriff von Verbraucherschutz und Schlüsselinstrument in der beruflichen Bildung – eine echte Erfolgsgeschichte. Handwerkerinnen und Handwerker, die nach der erfolgreichen Gesellenprüfung die Meisterqualifikation erwerben, leisten in mehrfacher Hinsicht Herausragendes: Zum Unternehmertum in besonderer Weise befähigt, sind Meisterbetriebe eine zentrale Säule des Mittelstands und der deutschen Volkswirtschaft. Verbraucher können sich auf das, was vom Meister kommt, verlassen. Ein Meisterbetrieb weiß, wie er mit gefahrgeneigten Tätigkeiten umzugehen hat und wie er die Sicherheit auf der Baustelle garantieren kann. Und er bringt jungen Menschen sein Handwerk bei und sorgt so dafür, dass es auch in Zukunft noch Fachkräfte in seinem Beruf gibt.

Seit der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 darf sich in den betroffenen Gewerken jeder und jede selbstständig machen – ganz gleich, ob dafür das fachliche Know How vorliegt. In den vier Bauberufen Fliesenleger, Estrichleger, Beton-/Werksteinhersteller und Parkettleger hat das zu dramatischen Fehlentwicklungen geführt.

So entstehen erhebliche Sicherheitsrisiken, sowohl für die Beschäftigten der Betriebe als auch für die Verbraucher. Beispiel Fliesenlegerhandwerk: Durch die Verwendung von Reaktionsharzen bei der Abdichtung und beim Verlegen von Fliesen kann es zu schweren Gesundheitsbeeinträchtigungen kommen. Beispiel Estrichlegerhandwerk: Wenn im Industriebereich der Estrichboden nicht statisch und bauphysikalisch anstandslos gelegt ist, kann das Aufstellen von Hochregallagern ein erhebliches Unfallrisiko beherbergen.



Die Meisterausbildung vermittelt genau die Kenntnisse, die für eine sichere Ausführung der Arbeiten nötig sind und auf die sich Verbraucher verlassen können.

Verbraucher leiden unter mangelhaft ausgeführten Arbeiten, die von Betrieben ohne Qualifikation erbracht wird. Außerdem droht das Ausbildungswesen in den betroffenen Gewerken vollends geschädigt zu werden – ein fatales Signal angesichts der Tatsache, dass die duale Ausbildung international geachtet und geschätzt wird. Gibt es keine Meisterbetriebe mehr, gibt es aber auch keine Ausbildung mehr. Im Betonsteinhersteller-Handwerk hat sich die Zahl der Auszubildenden von 2003 zu 2017 um fast 80 Prozent verringert. Die bauhandwerklichen Berufe blicken außerdem auf eine jahrhundertelange Tradition zurück und sind insbesondere für den Bereich Denkmalschutz und -pflege sowie für Restaurationsarbeiten unerlässlich – man denke an kunstvoll gearbeitete Parkettböden in Schlössern und Burgen oder aufwendige Fliesenmosaikarbeiten. Es braucht die Expertise der Meisterbetriebe, um Bestehendes zu bewahren und fachgerecht für die Zukunft zu sichern.

Daher setzt sich der Zentralverband Deutsches Baugewerbe für die Wiedereinführung der Meisterpflicht in den baugewerblichen Berufen ein. Das gilt für das Fliesenlegerhandwerk, das Estrichlegerhandwerk, das Handwerk der Beton-/Werksteinhersteller sowie das Parkettlegerhandwerk.

Eine Arbeitsgruppe der Koalition im Bundestag prüft derzeit, welche Gewerke rechtssicher wieder in die Meisterpflicht überführt werden können. Im Zuge dessen führt das Bundeswirtschaftsministerium eine Konsultation durch, in der insbesondere das Kriterium der Gefahrgeneignetheit eine entscheidende Rolle spielt. Auf Basis des Konsultationsergebnisses soll nach den Plänen der Koalitionsarbeitsgruppe ein Gesetzentwurf erarbeitet werden, der im Herbst 2019 im Deutschen Bundestag beraten werden kann. Für die bestehenden Betriebe, die über keinen Meisterbrief verfügen, wird ein Bestandschutz angestrebt.



Sicher ist sicher: Warum die Meisterqualifikation in den Bauberufen besonders wichtig ist.

Die sichere Ausführung von Bauarbeiten ist keine Verhandlungsfrage: Bauwerke müssen sicher errichtet, Konstruktionen sicher hergestellt, Ausbauarbeiten sicher ausgeführt werden. Damit die Nutzer von Gebäuden und Bauwerken geschützt werden, müssen Qualitätsstandards gelten und eingehalten werden. Ohne Wenn und Aber. Genau dafür braucht es die Meisterqualifikation.

Daher ist es wichtig, im Umgang mit Gefahrenstoffen geschult zu sein. Was passiert, wenn Staub auf der Baustelle entsteht? Wie wird mit Asbest-Verseuchungen umgegangen? Hier müssen frühzeitig vor Beginn der Baumaßnahme Untergründe untersucht, Schutzzonen eingerichtet, Absauganlagen eingesetzt und Schutzmaßnahmen für die Mitarbeiter ergriffen werden. Gerade im Bereich der Renovierung von Bauwerken, die vor dem Jahr 1993 errichtet wurden, ist mit Asbest zu rechnen und entsprechend zu handeln.

Fliesenleger, Estrichleger und Parkettleger sorgen für festen Stand: In Bereichen mit hoher Feuchtigkeit und glatten Böden wie Bädern, Schwimmbädern oder in der Sauna besteht erhöhtes Sturzrisiko. Die Fachbetriebe mit Meisterqualifikation wissen, welche geeigneten rutschhemmenden und trittsicheren Bodenbeläge ausgewählt werden müssen und wie sie fachgerecht verlegt werden.

Bauphysikalische Kenntnisse, wie sie in der Meisterausbildung vermittelt werden, braucht es auch im Fußbodenbereich. In Operationssälen müssen beispielsweise Fliesenleger eine ausreichende Ableitfähigkeit durch entsprechende Einbindung von ableitfähigen Materialien wie z.B. Kupferbahnen und –drähte sicherstellen. Auch der Estrichleger muss in Sachen Bauphysik auf der sicheren Seite stehen: In Verbindung mit

Hochregallagern, Lackierräumen und Lackierstraßen, der Möbel- und Automobilproduktion sowie in Krankenhäusern und der Elektroindustrie sind elektrisch leitfähige und isolierende Fußböden erforderlich.

Wichtig auch: Die Einhaltung hygienischer Standards. Wird in Großküchen, chemischen Produktionsanlagen oder im Zusammenhang mit Trinkwasseraufbereitungsanlagen gearbeitet, müssen diese chemisch beständig und hygienisch einwandfrei sein, wenn Säuren, Tierabfälle, Essensreste, Blut und vieles andere ihn verschmutzen. Die Flüssigkeiten, die auf den Boden gelangen, müssen gut abgeleitet werden, aber das Gefälle darf nicht zu groß sein und eine Gefahr für seine Nutzer und Mitarbeiter darstellen, um die Gefahr eines Sturzes zu verringern.

Für die Wiedereinführung zur Meisterpflicht: Eine aktuelle Publikation erklärt ausführlich, warum in den Bau-Berufen die Rückkehr zur Meisterpflicht notwendig ist.



Sie finden die Publikation auf zdb.de zum Download.

Vergaberecht – Gemeinsame Erklärung zum Erhalt der VOB

Auf Initiative des ZDB konnte eine gemeinsame Erklärung zur Beibehaltung der VOB verabschiedet werden.

Der Koalitionsvertrag für die 19. Legislaturperiode enthält den Auftrag an die Bundesregierung, zur weiteren Vereinheitlichung des Vergaberechts die Zusammenführung von Verfahrensregeln für die Vergabe von Lieferdienstleistungen einerseits und von Bauleistungen andererseits in einer einheitlichen Vergabeverordnung zu prüfen. Des Weiteren enthält der Koalitionsvertrag an anderer Stelle den Auftrag, die Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) als faire, wettbewerbsneutrale und von allen Bauverbänden getragene Verfahrensregelung zu sichern und anwenderorientiert weiterzuentwickeln.

Um diesem Prüfauftrag zu entsprechen, haben sich das Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) und das Bundesbauministerium (BMI) über die Einrichtung einer Arbeitsgruppe verständigt.

Aufgabe der Arbeitsgruppe

Aufgabe der Arbeitsgruppe ist es, eine politische Entscheidung der Bundesregierung

über die Frage vorzubereiten, ob die Verfahrensregeln für die Vergabe öffentlicher Bauaufträge weiterhin durch den Deutschen Vergabe- und Vertragsausschuss (DVA) in der VOB/A geregelt werden sollen, oder ob und gegebenenfalls wie das Vergaberecht vereinheitlicht werden soll.

In der ersten Sitzung am 21. Februar 2019 haben zunächst die beiden federführenden Bundesministerien Eingangsvorträge zum Prüfauftrag der Arbeitsgruppe gehalten. Wie zu erwarten, hat das Bundeswirtschaftsministerium als treibende Kraft hinter den Vereinheitlichungsbemühungen die VOB/A deutlich kritisiert und sich für eine Integration zumindest des 2. Abschnitts der VOB/A in die Vergabeverordnung (VgV) ausgesprochen. Das Bundesbauministerium ist diesem Vortrag entgegengetreten und hat sich für ein unverändertes Fortbestehen der VOB/A als einheitliches Regelwerk für öffentliche Bauvergaben ausgesprochen. Am 16. Mai 2019 wird die Arbeitsgruppe für eine zweite Sitzung zusammenkommen.

Gemeinsame Erklärung

Vor dem Hintergrund dieses Prüfauftrags und der anstehenden zweiten Arbeitsgruppenitzung, ist es ein wichtiges Signal an die Politik, dass die gesamte anbietende Wirtschaft für die Beibehaltung der VOB eintritt. Politisch genauso wichtig wie die Mitzeichnung durch ZDH und BDI ist die Unterstützung von Seiten der Gewerkschaften (IG BAU und DGB).

In der Erklärung wird darauf hingewiesen, dass in den Bereichen Infrastruktur und Wohnungsbau große Aufgaben anstehen und deshalb Rechtssicherheit unerlässlich ist. Aus diesem Grund brauchen die Rechtsanwender in der Praxis die ihnen vertrauten Vorschriften - für Bauvergaben ist dies die VOB. (ds)

Elektro-Dienstwagen: Bundesfinanzministerium will Förderung verlängern

Strengere Voraussetzungen bei Plug-in-Hybriden angedacht.

Seit Anfang des Jahres dürfen Arbeitnehmer ihren elektrisch betriebenen Dienstwagen, den sie auch privat nutzen, mit nur 0,5 Prozent des Listenpreises als geldwerten Vorteil versteuern. Bei Autos mit Verbrennungsmotor sind es 1 Prozent.

Grundsätzlich müssen Arbeitnehmer privat genutzte Dienstwagen mit 1 Prozent des inländischen Listenpreises pro Kalendermonat versteuern. Mit dem Jahressteuergesetz 2018 wurde dies geändert: Für Elektroautos, die nach dem 31. Dezember 2018 und vor dem 1. Januar 2022 angeschafft werden, sinkt dieser Wert auf 0,5 Prozent. Die Neuregelung gilt auch für extern aufladbare Hybridelektrofahr-

zeuge. Gesetzlich umgesetzt wird diese Maßnahme durch eine Halbierung der Bemessungsgrundlage (§ 6 Absatz 1 Nummer 4 Satz 2 und 3 Einkommensteuergesetz).

Derzeit ist diese Begünstigung auf drei Jahre befristet. Bundesfinanzminister Scholz hat nun geäußert, dass er die Förderung von Elektroautos als Dienstwagen erheblich verlängern will. Da die Hälfte aller Autos in Deutschland als Dienstwagen verkauft werden, soll die steuerliche Förderung von Elektroautos und Plug-in-Hybriden als Dienstwagen nicht 2021 enden, sondern vielleicht über das ganze nächste Jahrzehnt ausgedehnt werden.

In der Vergangenheit hatte es wiederholt Kritik an der Förderung von Plug-in-Hybriden mit geringer elektrischer Reichweite gegeben, weil diese de facto vorwiegend mit ihrem Verbrennungsmotor unterwegs sind und dabei teilweise einen höheren Schadstoffausstoß haben als andere Pkw.

Deswegen soll die Förderung von Plug-in-Hybriden an strengere Voraussetzungen geknüpft werden. Sie sollen nur noch gefördert werden, wenn sie elektrisch eine deutlich längere Strecke fahren können als heute. (ros)

Aktuelle Diskussionen zur Mitführungspflicht von A1-Bescheinigungen

Kampf gegen Schwarzarbeit darf nicht behindert werden

Grundsätzlich sind alle auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten Arbeitnehmer in der deutschen Sozialversicherung versicherungspflichtig (sog. Territorialitätsprinzip). Hiervon gibt es jedoch Ausnahmen: Für Arbeitnehmer, die im Rahmen eines im Ausland bestehenden Arbeitsverhältnisses für einen befristeten Zeitraum nach Deutschland entsandt werden, gilt das Entsendeprinzip, wonach entsandte Arbeitnehmer im Sozialversicherungssystem des Herkunftslandes verbleiben.

Seit dem 1. Mai 2010 wird ergibt sich nämlich aus Art. 12 Abs. 1 der Verordnung (EG) 883/ 2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, dass „eine Person, die in einem Mitgliedstaat für Rechnung eines Arbeitgebers, der gewöhnlich dort tätig ist, eine Beschäftigung ausübt und die von diesem Arbeitgeber in einen anderen Mitgliedstaat entsandt wird, um dort eine Arbeit für dessen Rechnung auszuführen, weiterhin den Rechtsvorschriften des ersten Mitgliedstaats unterliegt, sofern die voraussichtliche Dauer dieser Arbeit 24 Monate nicht überschreitet und diese Person nicht eine andere Person ablöst.“

Dies bedeutet, dass Arbeitnehmer, die nach Deutschland entsandt werden, grundsätzlich bis zu 24 Monaten den Sozialversicherungs-

vorschriften ihres eigentlichen Beschäftigungsstaates unterliegen, wenn die voraussichtliche Dauer der Auslandstätigkeit 24 Monate nicht überschreitet. Umgekehrt bleiben generell die deutschen sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften anwendbar, wenn ein Arbeitnehmer aus Deutschland (seinem eigentlichen Beschäftigungsstaat) ins Ausland entsandt wird und die voraussichtliche Dauer der Auslandstätigkeit 24 Monate nicht überschreitet. Baubetriebe werden regelmäßig dann mit Fragen des anwendbaren Sozialversicherungsrechts konfrontiert, wenn sie selbst Arbeitnehmer in das Ausland entsenden bzw. ein ausländischer Nachunternehmer für sie mit entsandtem Personal in Deutschland tätig wird.

Um zu dokumentieren, dass die jeweiligen sozialversicherungsrechtlichen Vorschriften Anwendung finden, ist die Vorlage einer A 1-Bescheinigung notwendig. Diese Bescheinigung wird in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union, den Vertragsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes und der Schweiz benötigt und auf Antrag ausgestellt. Der Zoll kontrolliert in Deutschland das Vorliegen dieser Bescheinigungen. Dies ist einer der Bausteine zur Bekämpfung von Schwarzarbeit.

Seit diesem Jahr haben einige Mitgliedstaaten (darunter Österreich und Frankreich) ihre Anforderungen an die Mitführungspflicht der A1-Bescheinigung verschärft. Die Vorlage der A1-Bescheinigung wird von diesen EU-Mitgliedstaaten neuerdings für jede (kurze) Dienstreise verlangt, ohne dass eine Möglichkeit besteht, die A1-Bescheinigung nachzureichen. Können die Bescheinigungen dann vor Ort nicht vorgelegt werden, fallen Sanktionen an.

In den derzeitigen Diskussionen werden aufgrund dieser verschärften Praxis Überlegungen dahingehend geäußert, bei der Überarbeitung der europarechtlichen Vorschriften Dienstreisen von der Erforderlichkeit der Vorlage einer A1-Bescheinigung auszunehmen. Aus Sicht des ZDB kann eine Ausnahme von A1-Bescheinigungen für einzelne Branchen und Fallkonstellationen sinnvoll sein. Derartige Vorschläge dürfen im Baugewerbe - zumindest bei der grenzüberschreitenden Erbringung von Werks- und Dienstleistungen - jedoch nicht dazu führen, dass die Vorlage einer A1-Bescheinigung für entsandte Arbeitnehmer nicht mehr ab dem ersten Tage erforderlich ist. Dies könnte den bereits jetzt schon komplexen Kampf gegen die Schwarzarbeit weiter erschweren. (ka)



bauma 2019: Branchentreffen der Extraklasse

Der Baugeräte-Ausschuss des ZDB zu Gast auf der Leitmesse der Baumaschinenwelt



Die bauma ist alle drei Jahre der Innovationsmotor für die internationale Bau-, Baustoff- und Bergbaumaschinenindustrie. Sie ist dabei nicht nur die größte Baumaschinenmesse weltweit, sondern die weltgrößte Messe überhaupt. Auf keiner anderen Messe gibt es so viele Neu- und Weiterentwicklungen zu sehen.

Die Spitzenverbände der Deutschen Bauwirtschaft - der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes und der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie -, die Fachgemeinschaft Bau- und Baustoffmaschinen im Verband der Deutschen Maschinen- und Anlagenbau, der Bundesverband Steine und Erden sowie die Messe München – nehmen die bauma traditionell zum Anlass, den bauma-Innovationspreis auszuloben. Mit dem Preis würdigen die Veranstalter Forschungs- und Entwicklungsteams von Unternehmen und Universitäten, die praxistaugliche Spitzentechnik für die Bau-, Baustoff- und Bergbauindustrie zur Marktreife bringen und dabei die Umwelt, die Ressourcen und den Menschen im Blick haben.

Die Sieger-Innovationen in den fünf Kategorien, die bei der Verleihung des Innovationspreises erst bekanntgegeben wurden, waren:

- Für die Kategorie Maschine die Herrenknecht AG mit „E-Power Pipe“. E-Power Pipe ist ein grabenloses Verfahren für die wirtschaftliche und umweltschonende Verlegung von Erdkabeln. Die grabenlose Technologie bietet deutliche Vorteile, da das Verfahren Vortriebe kleineren Durchmessers mit zehnfach größeren Haltungs-längen, geringerer Tiefenlage sowie hoher Präzision und Geschwindigkeit ermöglicht.

- Für die Kategorie Komponente/digitale Systeme die Moba Mobile Automation AG mit der „Schichtdickenmessung PAVE-TM“. PAVE-TM ist das weltweit einzige System zur automatischen Schichtdickenmessung im Straßenbau. Das Pioniersystem zur Qualitätssteigerung zeigt die Dicke der gelegten Asphalt-schicht konstant an, reduziert so manuelle Messungen und unterstützt das Einbauteam. Mit dem neuen, eigens entwickelten und auf Schichtdicke spezialisierten Ultraschallsensor CSMT-300 ist das exakte Arbeiten an Toleranzgrenzen besonders genau möglich.
- Für die Kategorie Bauverfahren/Bauwerk/Bauprozesse die Max Bögl Stiftung & Co. KG mit „Weltweit. Die mobile Fertigung“. Die Hybridtürme der Max Bögl Wind AG sind bekannt für ihre hohen Nabenhöhen und tragen zur effizienten Stromerzeugung durch Windkraft bei. Dank der mobilen Fertigung ist die Produktion der Betonsegmente nahezu an jedem Ort der Welt möglich.
- Für die Kategorie Forschung/Wissenschaft die TU München, Lehrstuhl Materialfluss und Logistik mit „Fahrer Leitsystem 4.0“. Das Projekt „Baustelle 4.0 mit Hilfe von AR und BIM“ bringt eine völlig neuartige Holographie-Technologie auf die Baustelle. Durch den Einsatz von BIM-Daten, welche mittels Mixed Reality Datenbrillen als 3D-Modelle auf der realen Baustelle angezeigt werden, ergeben sich viele zusätzliche Nutzen und vielfältige Vorteile für Bauunternehmer, OEMs, Architekten oder Konstrukteure und vor allem für die Fahrer selbst. Hierbei werden virtuelle 3D Modelle bzw. Informationen des Gebäu-

demodells, wie Zufahrtswege, Gefährdungszonen oder Lagerplätze, wie auch Mengen- und Kostenangaben etc. mit Hilfe von Mixed Reality Geräten wie der Holo-Lens in der Realität angezeigt bzw. echte Objekte damit überlagert. Damit ist es Bedienern oder Baustellenplanern möglich, alle relevanten Baustelleninformationen auf einen Blick bereit gestellt zu bekommen, ohne in viele verschiedene Pläne schauen zu müssen.

- Für die Kategorie Design die Liebherr-Hydraulikbagger GmbH mit „INTUSI Intuitives User Interface“. Liebherr präsentiert der Öffentlichkeit erstmals das innovative, adaptive Konzept INTUSI, das die Kommunikation von und mit Baumaschinen revolutionieren wird. Es ist für die Bau- und Materialumschlagmaschinen von Liebherr der Schlüssel zum Internet of Things und kombiniert eine intelligente Bedienlogik mit einer ausgeklügelten Maschinenintelligenz. Liebherr hat dazu die komplett neue, moderne Steuerungsumgebung geschaffen. INTUSI steht als Abkürzung für ein intuitives User Interface.

Laut der Laudatoren erfüllen diese fünf Sieger-Innovationen in besonderem Maße die Kriterien, nach denen die Fachjürys die Bewerbungen beurteilt hatten: eine besondere Zukunftsfähigkeit, praktische Anwendbarkeit, Beitrag zum Umweltschutz und zur Humanisierung der Arbeitswelt, die Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit bei gleichzeitiger Energie- und Kosteneffizienz sowie die Imageaufwertung der Branche. ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa hielt die Laudatio in der Kategorie Forschung/Wissenschaft.



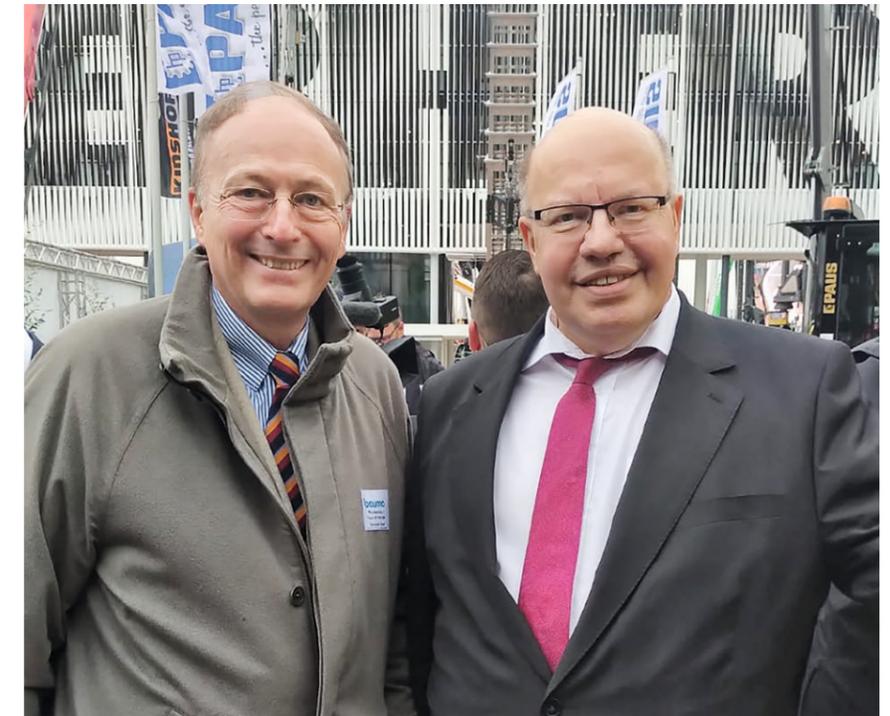
ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa (re.) mit Hubert Aiwanger (li.), stellvertretender bayerischer Ministerpräsident, während der Preisverleihung des Innovationspreises

Adolf Kugelmann, Vorsitzender des Baumaschinen- und Geräteausschusses im ZDB wertete die Veranstaltung insbesondere auch als Beweis für die große Innovationskraft des Deutschen Baugewerbes. „Sie spiegeln die Leistungsfähigkeit der gesamten Branche wider. Mit der Auslobung und Verleihung des bauma-Innovationspreises würdige und belohne man die Anstrengungen der Bauunternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb die Nase vorne zu haben“. Den hochkarätigen technischen Entwicklungen wünscht man eine breite Strahlkraft zu den Kunden und potentiellen Anwendern“.

Der ZDB ist auch im Ausstellerbeirat der weltgrößten Messe bauma für Baumaschinen- und Geräte vertreten – zusätzlich zusammen, ebenso in der Jury für die Prämierungen der Innovationen, wie im Übrigen bei jeder Innovationspreisverleihung anlässlich der bauma. Somit kann der Einfluss des Baugewerbes bei den zu treffenden Entscheidungen zur Prämierung der Innovationen geltend gemacht werden.

Darüber hinaus war Reinhard Quast, Präsident des ZDB, zusammen mit ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa und Adolf Kugelmann als Vertreter des ZDB-Baumaschinen-Ausschusses beim Eröffnungsrundgang von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier und Markus Söder, Ministerpräsident des Freistaats Bayern, dabei.

Der Baumaschinen-Ausschuss des ZDB nimmt die großen Branchentreffen traditionell zum Anlass für seine Gremiensitzungen. Ein ausführlicher Rundgang auf der Messe darf nicht fehlen. Besucht wur-



ZDB-Präsident Reinhard Quast (li.) gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

den am 8. April 2019 u.a. die Aussteller: Deutsche Doka Schalungstechnik GmbH, Hilti Deutschland AG, BAUER Maschinen GmbH und für die Arbeitssicherheit und den Gesundheitsschutz die Berufsgenossenschaft der Bauwirtschaft BG BAU. An den jeweiligen Messeständebereichen standen die Firmeninhaber oder Geschäftsführer sowie technischen Fachexperten für die Thematiken bereit. Unterschiedliche praktische Vorführungen wurden durchgeführt.

Weiteres Schwerpunktthema der Ausschusssitzung war die Digitalisierung sowie das Thema Entwicklung eines universell einsetzbaren Mauerwerksroboters durch den Lehrstuhl für Fertigungsautomatisierung und Produktionssystematik an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

Die nächste bauma wird vom 04. – 10. April 2022 in München durchgeführt. (do)

WorldSkills 2019: Die Besten der Besten

Kick-off des Nationalteams Deutsches Baugewerbe

Maurer, Zimmerer, Fliesenleger, Stuckateur und Betonbauer: In diesen fünf Bauberufen tritt das Nationalteam Deutsches Baugewerbe an, um Weltmeister zu werden. Vom 22. bis zum 27. August findet in Kazan/Russland die 45. WorldSkills, die Weltmeisterschaft der Berufe, statt, bei denen Nachwuchshandwerker aus aller Welt zusammenkommen.

„Ich kann es noch gar nicht glauben, dass ich Gold habe. Der Wettbewerb hatte so unglaublich viele Höhen und Tiefen für mich. Es waren die drei forderndsten Tage meines Lebens, die ich nicht vergessen werde!“ Alexander Bruns, Zimmerergeselle aus Bad Dürkheim (Rheinland-Pfalz) war überwältigt, als er im Oktober 2018 bei der Zimmerer-Europameisterschaft die Goldmedaille gewonnen hatte. Dabei beschreibt der 21-jährige Bruns, was internationale Berufswettbewerbe auszeichnet: Leidenschaft für das Handwerk und der unbedingte Wille, zu den Besten zu gehören. Bruns tritt nach der Europameisterschaft im letzten Jahr nun auch bei der Weltmeisterschaft an. Das Ziel ist klar: Den Europameistertitel mit dem Weltmeistertitel zu toppen.

Dieses Ziel hat auch Christoph Rapp. Der 22-jährige Maurer aus Schemmerhofen (Baden-Württemberg) gewann bei den Europameisterschaften der Berufe, der „EuroSkills“, im letzten Jahr die Goldmedaille. Natürlich soll darauf nun der Weltmeistertitel folgen, wenn es im August bei den „WorldSkills“ im russischen Kazan an den Start geht. „Der Erfolg bei den ‚EuroSkills‘ war eine unglaubliche Erfahrung. Die internationalen Berufswettbewerbe spornen einen zu Höchstleistungen an. Deswegen bin ich heiß, bei den WorldSkills anzutreten und um einen Platz auf dem Siegertreppchen zu kämpfen“. Im Training wird Rapp unterstützt durch Jannes Wulfes, Cheftrainer der Maurer. Der aus Harsum (Niedersachsen) stammende Wulfes nahm noch 2017 selbst an der WorldSkills teil und kann so auf eigene Wettbewerbserfahrung zurückblicken. Rapp und Wulfes haben schon die Vorbereitung für die EuroSkills im letzten Jahr zusammen absolviert – mit Erfolg, wie die Goldmedaille zeigt.

Maurer und Zimmerer sind aber nur zwei der insgesamt fünf Gewerke, in denen das Nationalteam Deutsches Baugewerbe antritt. Auch im Fliesenleger- und im Stuckateurhandwerk sowie bei den Beton- und Stahlbetonbauern beweisen Nachwuchshandwerker ihr Können. Der 20-jährige

Stuckateurgeselle Tobias Schmider aus Windelsbach (Bayern) hat den Ausscheidungswettbewerb zur Teilnahme an der WorldSkills 2019 in Russland gewonnen und vertritt nun das deutsche Stuckateurhandwerk. Auf der Messe FARBE, AUSBAU & FASSADE in Köln kämpften neun Mitglieder des Nationalteams der Stuckateure um das WM-Ticket. Schmider erklärte nach dem Ausscheidungswettbewerb: „Wir machen tolle Sachen, wo andere nur noch staunen, was mit Gips möglich ist. Das reizt mich, das ist für mich ein bisschen wie Extremsport.“

Für die Fliesenleger hat sich der 21-jährige Janis Gentner aus Aalen (Baden-Württemberg) in einem Ausscheidungswettbewerb im Rahmen der Handwerkertage 2019 bei Karl Dahm in Seebruck qualifiziert. Gentner war bereits bei den EuroSkills 2018 dabei – damals noch als Ersatzkandidat. „Ich habe es mir schon sehr gewünscht, hier zu gewinnen, aber nicht wirklich dran geglaubt. Ich habe seit dem Gewinn meiner Goldmedaille bei der Deutschen Meisterschaft im November 2017 unglaublich viel dazu gelernt. Das will ich jetzt in den nächsten 3,5 Monaten bis zur WM perfektionieren. Ich freue mich auf diese Herausforderung,“ kommentiert der Fliesenlegergeselle.

Für den Wettbewerb der Beton- und Stahlbetonbauer stand bei Drucklegung noch nicht endgültig fest, welche Teilnehmer nach Kazan fahren. Unter der fachkundigen Aufsicht von Trainer Josef Leberle, Ausbildungsleiter in der Bauinnung Nordschwaben trainieren derzeit Julian Kiesl, Niklas Berroth und Jonas Hopf. In der nächsten Ausgabe ZDB-Direkt werden wir die Teilnehmer ausführlich vorstellen.



Christoph Rapp, Europameister der Maurer, will in Kazan Weltmeister werden

„Die besten Nachwuchskräfte fordern und fördern – deshalb führen wir die Deutsche Meisterschaft durch und treten mit unserem Nationalteam bei internationalen Berufswettbewerben an“, erklärte Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes des Deutschen Baugewerbes (ZDB). Der ZDB ist Träger des Nationalteams des Deutschen Baugewerbes. „Diese jungen Bauhandwerker sind für uns Botschafter für das überaus erfolgreiche System der dualen Ausbildung in Deutschland! Unsere Besten können sich mit den Besten aus aller Welt messen. Wir hoffen daher, dass sie die Erfolgsbilanz unseres Teams bei internationalen Wettbewerben fortsetzen werden.“

Das Nationalteam des Deutschen Baugewerbes wird unterstützt von starken Partnern: 123erfasst GmbH, Albert Berner Deutschland GmbH, von brz Deutschland, Collomix GmbH, Deutsche Poroton, Quickmix, Schöck Bauteile, STABILA Messgeräte, VHV Versicherungen, Adolf Würth GmbH & Co. KG sowie der Zertifizierung Bau. Das Team trainiert in Outfits von cws boc.

Die 45. Berufsweltmeisterschaft „WorldSkills 2019“ findet vom 22. bis 27. August in der russischen Stadt Kazan statt. Fast 1.500 Teilnehmer aus 60 Ländern weltweit, die nicht älter als 22 Jahre alt sind, werden erwartet, die in 56 verschiedenen Wettbewerbskategorien gegeneinander antreten. Präzision und Genauigkeit sowie Nervensstärke und Konzentration entscheiden über Gold, Silber und Bronze. 36 deutsche Teilnehmerinnen und Teilnehmer werden über WorldSkills Germany gemeldet und treten in 33 Disziplinen an.

Wir danken unseren Sponsoren!



Alexander Bruns, Europameister der Zimmerer, bereitet sich intensiv auf die WorldSkills vor



Janis Gentner tritt im Fliesenleger-Wettbewerb an



Tobias Schmider vertritt das deutsche Stuckateurhandwerk bei den WorldSkills



Die Beton- und Stahlbetonbauer trainieren fleißig

Baumittelstand treibt Ausbau der Verkehrsinfrastruktur voran

Einblicke in die Bahnbaustelle zur Erneuerung der Eisenbahnüberführung Hattenbergstraße in Mainz-Mombach

Es ist ein ambitioniertes Ziel, was sich im Koalitionsvertrag in Sachen Bahnverkehr findet: Bis 2030 sollen doppelt so viele Bahnkundinnen und Bahnkunden gewonnen werden. Klar, dass dafür auch die Verkehrsinfrastruktur ausgebaut werden muss. Dazu leisten die mittelständischen Bauunternehmen in Deutschland einen wichtigen Beitrag.

Der Baumittelstand liefert, wenn es um die Beantwortung der zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen geht. Das gilt für den Wohnungsbau ebenso wie für den Bereich Infrastruktur. Imposante Eindrücke davon kann man beispielsweise auf der Bahnbaustelle zur Erneuerung der Eisenbahnüberführung an der Hattenbergstraße in Mainz-Mombach gewinnen.

Dabei sind Bahnbaustellen von besonderer Komplexität: Neben den juristischen Belangen etwa bei den Vergabe- und Vertragsbedingungen gilt es, die betrieblichen und technischen Zusammenhänge und das Zusammenspiel mit der Deutschen Bahn AG zu berücksichtigen. Auch aus Sicht der Interessenvertretung gibt es im Feld des Bahnbaus spezielle Anforderungen: Es braucht nicht nur die Gewährleistung von fairen ordnungs- und wettbewerbspolitischen Rahmenbedingungen und eine gerechte Risikoverteilung gegenüber der Auftraggeberseite, sondern auch die Sicherung eines langfristigen Finanzierungshorizonts auf Regierungsseite zur Umsetzung der investitionsintensiven kapazitätsoptimierten Bauverfahren im Bahn- und Straßenbau.

Bahnbaustelle – ein Praxisbeispiel

Die bauausführende Firma Himmel u. Papesch ist mit der Erneuerung der Eisenbahnüberführung an der Hattenbergstraße beauftragt. Die neu zu errichtende Eisenbahnbrücke liegt auf der Strecke



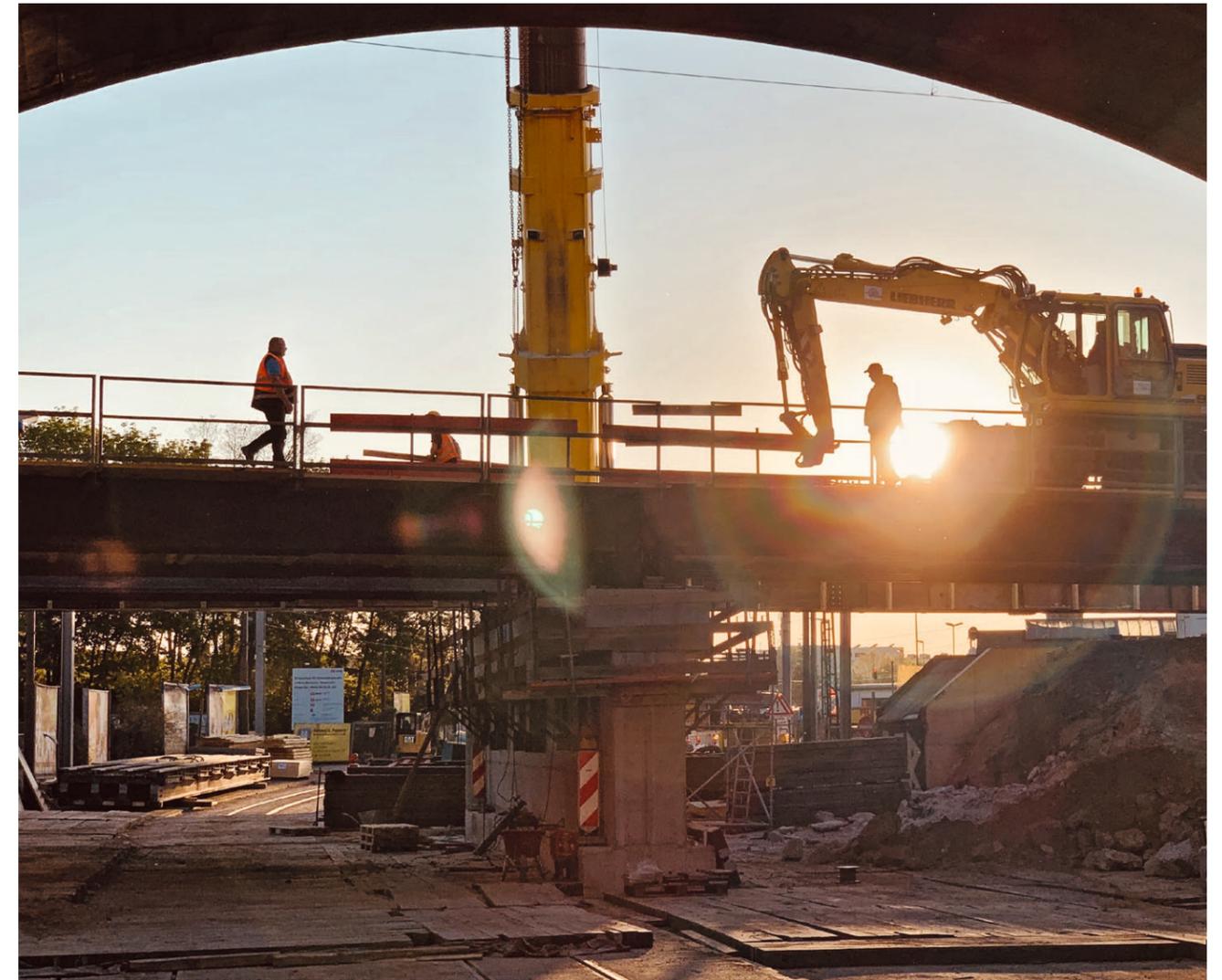
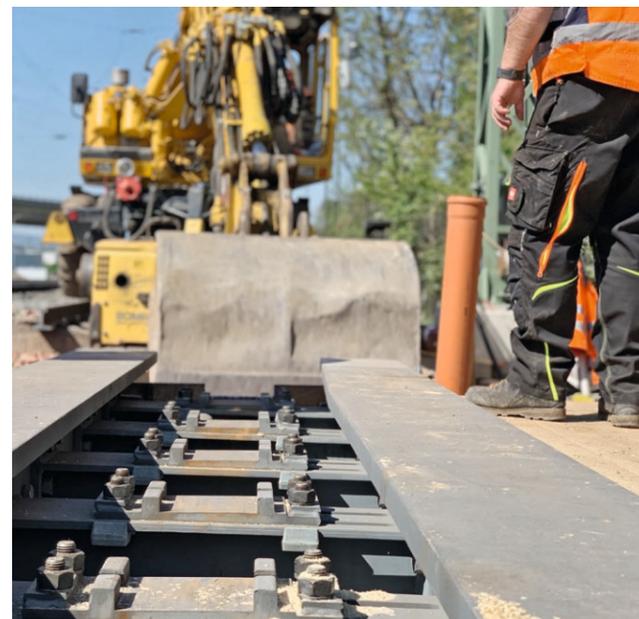
zwischen Bingen und Mainz. Zuletzt wurden während der Sperrzeiten, das heißt dem unterbrochenen Streckenabschnitt der Bahn, drei Hilfsbrücken eingesetzt, um im Anschluss daran mit dem Bauen unter dem rollenden Rad weiterzumachen. Mit dem Bauen unter Verkehr wird im Eisenbahn- und Straßenbau ein Bauverfahren bezeichnet, bei dem unter Aufrechterhaltung des Verkehrs Bauarbeiten durchgeführt werden. So werden in den nächsten Monaten nunmehr die weiteren baulichen Maßnahmen für die neue Brücke umgesetzt. In 2020 soll die neue Eisenbahnüberführung dann fertiggestellt sein.

Auf der Baustelle fällt insbesondere eins auf: perfekt aufeinander abgestimmter Arbeitsabläufe. Nur so ist es Himmel u. Papesch möglich, rechtzeitig und vertragsgemäß mit den Arbeiten zur Sperrzeit fertig zu werden, damit pünktlich zum Ende der Sperrzeiten wieder der erste Zug zwischen Mainz und Bingen fahrplanmäßig rollen kann.

Mehr noch als von dem imposanten Maschinengerät sowie den über 55 Tonnen schweren Teilstücken der Hilfsbrücken beeindruckt auf der Baustelle aber die Manpower. Teamgeist, Motivation und Einsatzbereitschaft sind zentral, damit zeitkritische Baustellen termingerecht fertiggestellt werden können. So ist während der Sperrzeit auch ein Großaufgebot der bauausführenden Belegschaft von Himmel u. Papesch rund um die Uhr im Dauereinsatz.

Qualifiziertes Personal als Schlüssel zum Erfolg

Bei einem Auftragsvolumen von über 18 Mio. Euro ist das Leitbild und Wirken des Spezialtiefbauunternehmens aus Bebra in Reinform erlebbar. Partnerschaftliche Zusammenarbeit von Auftrag-



gebern, Architekten, Ingenieuren und der bauausführenden Firma mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind dort die Grundlage für erfolgreiches Bauen. Entscheidend dafür ist neben hoch ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine innovationsfreudige Geschäftsführung mit pragmatischen und motivierenden Führungsverantwortlichen vor Ort. Wie auch im Mannschaftssport zählt hier nicht allein die Leistung des Einzelnen, sondern ausschlaggebend für den Erfolg ist das Zusammenspiel aller Akteure im Team.

Auf der Baustelle in Mainz wird aber auch deutlich, dass neben dem planerischen Ingenieursfachwissen körperlicher Einsatz der motivierten Mitarbeiter auf der Baustelle unabdingbar ist. Trotz aller technischen Fortschritte und den einziehenden Mitteln der Digitalisierung bleibt es auch in Zukunft bei händischen Fertigkeiten und der Bereitschaft auch außerhalb der üblichen Arbeitszeiten, das heißt an Wochenenden und Feiertagen, bei Wind und Wetter im Freien zu arbeiten. Mehr noch als in anderen Bereichen ist hier das Kernthema Fachkräftesicherung von hoher Bedeutung. So ist die Politik gefordert, mit allen Mitteln unter anderem die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen für die Fachkräftegewinnung verbessern. Jörg Gnauer, Geschäftsführer von Himmel u. Papesch, hat dafür selbst schon vor einiger Zeit seine unternehmerischen Möglichkeiten in die Tat umgesetzt. Der firmeneigene Gnauer Campus bietet seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern diverse Schulungen und Weiterbildungen an, um auch in Zukunft anspruchsvolle Bauleistungen in bestmöglicher Weise

auszuführen. Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind dafür nach der Firmenphilosophie von Himmel u. Papesch der wichtigste Bestandteil.

Neuer Schwerpunkt für die Verbandsarbeit

Baustellen wie die an der Hattenbergstraße lassen erkennen, dass es ein gemeinsames Commitment braucht: Nur wenn sich alle Verantwortlichen der hohen Bedeutung des Bahnbaus bewusst sind, die Politik dafür heute schon die Weichen für langfristige Finanzierungshorizonte in der Verkehrsinfrastruktur stellt und den Investitionshochlauf verstetigt, wird es möglich sein, das im Koalitionsvertrag erklärte Ziel zu erreichen. Darin haben die Koalitionspartner vereinbart, bis 2030 doppelt so viele Bahnkundinnen und Bahnkunden zu gewinnen und dabei unter anderem mehr Güterverkehr auf die umweltfreundliche Schiene zu verlagern. Der mittelständische Bahnbau steht auf jeden Fall bereit.

Der ZDB verstärkt zudem seine Aktivitäten im Themenbereich Verkehrsinfrastruktur. Dazu wurde die Abteilung Infrastruktur Bahn- und Straßenbau eingerichtet und in der Hauptabteilung Recht angesiedelt. Leiter der Abteilung ist Rechtsanwalt Matthias Kampa. Er ist neben dem Straßenbau inklusive der Autobahn GmbH des Bundes schwerpunktmäßig für die Themen und Interessen der angeschlossenen Verbandsmitglieder im Bahnbau verantwortlich. (mtk)

Sozialpartnervereinbarung zur UV-Strahlung unterzeichnet

Anfang Mai hat Björn Böhning, Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), Vertreter der Sozialpartnerinitiative „Umgang mit UV-Strahlung bei Tätigkeiten im Freien“ zum Gespräch empfangen. „Arbeitsbedingte UV-Strahlung birgt gesundheitliche Risiken. Die Sozialpartnerinitiative ist ein wichtiger Beitrag zur Aufklärung und Sensibilisierung der Arbeitgeber und Beschäftigten, erklärte Böhning bei dem Treffen.“

Dem pflichtete auch Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des Zentralverbands Deutsches Baugewerbe bei: „Mit der Sozialpartnervereinbarung gehen wir heute noch einen Schritt weiter und tragen Sorge dafür, dass alle betroffenen Arbeitnehmer die Möglichkeit erhalten, sich im Hinblick auf mögliche Folgen der UV-Strahlung in regelmäßigen Abständen ärztlich beraten und untersuchen zu lassen. Diese Angebotsvorsorge ist das Kernstück unserer Vereinbarung.“

Ein breites Bündnis der Bau- und Landwirtschaft hatte im Frühjahr die Sozialpartnervereinbarung „Umgang mit UV-Strahlung bei Tätigkeiten im Freien“, die im Juni letz-

ten Jahres auf den Weg gebracht und im Februar 2019 nochmals erweitert. Neben dem ZDB gehört auch die Gewerkschaft IG BAU zu den Unterzeichnern.



Björn Böhning (2.v.r.), Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, empfängt Vertreter der Sozialpartnervereinbarung.

Unternehmerabendessen mit Hermann Gröhe MdB

Fachkräfteeinwanderung, Westbalkan-Regelung und die Frage der Altersvorsorge Solo-Selbständiger waren nur einige Themen, die unsere Unternehmer mit dem stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Hermann Gröhe beim parlamentarischen Abend intensiv diskutiert haben. Gröhe war bis März 2018 Bundesminister und betreut innerhalb der Fraktion viele Themen im Zusammenhang mit der Frage der Fachkräftezuwanderung.

Mit dabei waren auch Reinhard Quast, Präsident des Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB) und Uwe Nostitz, Vizepräsident des Verbands und verantwortlich für den Bereich Tarif- und Sozialpolitik. Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Bundesregierung sowie des Deutschen Bundestages sind für den ZDB eine gute Gelegenheit, die Anliegen der Baubranche zu artikulieren. Trifft der Baumittelstand auf die Politik, können die Unternehmer direkt berichten, wie ihr betrieblicher Alltag gestaltet ist und welche Herausforderungen und Fragen sich dabei an die Adresse der politischen Entscheidungsträger ergeben.



Angeregter Austausch beim Parlamentarischen Abend

Harald Weber mit Goldener Verdienstmedaille geehrt

Der langjährige Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz, Dr. Harald Weber, wurde mit der Goldenen Verdienstmedaille des Deutschen Baugewer-

bes ausgezeichnet. Die Ehrung fand im Rahmen des Bauwirtschaftstags Rheinland-Pfalz statt, der am 16. Mai in Mainz ausgerichtet wurde.

Reinhard Quast, Präsident des Zentralverband Deutsches Baugewerbe (ZDB), und Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des ZDB, würdigten Webers konstruktive, loyale Art sowie sein über 38 Jahre währendes Engagement für das deutsche Baugewerbe. Bevor Weber 1992 Hauptgeschäftsführer des damaligen Baugewerbeverbands Rheinhessen-Pfalz wurde, war er schon für den ZDB in Berlin tätig. Er trug maßgeblich dazu bei, die baugewerbliche Organisation in Rheinland-Pfalz zu einer schlagkräftigen und einsatzfähigen Interessenvertretung weiterzuentwickeln und so mit starker Stimme die Anliegen der Bauunternehmen zu vertreten.

Mit der Goldenen Verdienstmedaille des Deutschen Baugewerbes würdigt der ZDB Persönlichkeiten, die sich in besonderer Weise um die baugewerbliche Organisation verdient gemacht haben.



Von links: ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa, Dr. Harald Weber, ZDB-Präsident Reinhard Quast

Spitzengespräch mit der Autobahn GmbH des Bundes

Die Autobahn GmbH übernimmt ab 1.1.2021 von den Ländern Planung, Bau, Betrieb, Erhaltung und Finanzierung sowie die vermögensmäßige Verwaltung der Autobahnen und Bundesfernstraßen. Seit dem 1.3.2019 ist die Geschäftsführung der Gesellschaft bestellt, der auch Gunther Adler, langjähriger Staatssekretär im Bundesbauministerium, als Arbeitsdirektor angehört.

Im Fokus des Spitzengesprächs standen Aspekte der Auftragsvergabe der neuen Infrastrukturgesellschaft: Wie ist die Auftragsvergabe in den kommenden Jahren geregelt bzw. wie wird sichergestellt, dass die Vergabe praxisingerecht, regional und in der Fläche erfolgt? Ist die Einbeziehung des Mittelstandes gesichert? Gleichzeitig sprach sich der ZDB dafür aus, auf ÖPP-Vergaben zu verzichten – zahlreiche Fälle hätten in der Vergangenheit gezeigt, dass durch ÖPP-Projekte keine Entlastung für den Haushalt brächten und außerdem mittelständische Bauunternehmen strukturell benachteiligt würden.

Für den ZDB ist klar: Das ausführende Baugewerbe braucht Klarheit, Sicherheit und Verlässlichkeit bei allen laufenden und anstehen-

den Projekten im Autobahnbau. Die störungs- und verzögerungsfreie Planung und Umsetzung aller Bauprojekte auf deutschen Autobahnen ist eine unserer Kernforderungen. Neben der Verstärkung der Finanzmittel gilt es die etablierte mittelstandsgerechte Vergabe in den Bundesländern auch in der neuen

Organisationsstruktur fortzuschreiben. Diesen trafen Wolfgang Schubert-Raab, Vizepräsident des ZDB, Hans Georg Stutz, ZDB-Vorstandsmitglied sowie Felix Pakleppa, Hauptgeschäftsführer des ZDB und Matthias Kampa, Leiter der Abteilung Infrastruktur Bahn- und Straßenbau des ZDB, zum Gespräch.



Von links: ZDB-Hauptgeschäftsführer Felix Pakleppa, ZDB-Vorstandsmitglied Hans Georg Stutz, Gunther Adler, ZDB-Vizepräsident Wolfgang Schubert-Raab

Bauhauptgewerbe Deutschland

Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten (per Februar 2019) – Stand April 2019

Baugewerblicher Umsatz				
nach Bauart, in Mio. Euro	2019		Veränderung 2019 / 2018 in %	
	Feb.	Jan. – Feb.	Feb.	Jan. – Feb.
Hochbau	3.157,8	5.757,8	12,9	10,2
Tiefbau	1.967,2	3.561,7	21,3	18,3
Wohnungsbau	1.368,8	2.471,8	16,0	8,6
Wirtschaftsbau	2.310,3	4.207,0	13,1	12,9
Öffentlicher Bau	1.445,8	2.634,3	20,9	18,3
Insgesamt	5.125,0	9.319,5	16,0	13,2

Beschäftigte (Anzahl)				
	2019		Veränderung 2019 / 2018 in %	
	Feb.	Jan. – Feb.	Feb.	Jan. – Feb.
Insgesamt	475.379	474.280	6,2	5,9

Geleistete Arbeitsstunden				
nach Bauart, in Millionen	2019		Veränderung 2019 / 2018 in %	
	Feb.	Jan. – Feb.	Feb.	Jan. – Feb.
Hochbau	22,2	41,0	23,7	9,2
Tiefbau	18,3	32,7	26,9	11,8
Wohnungsbau	10,6	19,4	29,2	10,9
Wirtschaftsbau	16,9	31,4	19,1	8,6
Öffentlicher Bau	13,0	22,8	30,5	12,4
Insgesamt	40,5	73,7	25,1	10,4

Auftragseingang (in Mio. EUR)				
Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten	2019		Veränderung 2019 / 2018 in %	
	Feb.	Jan. – Feb.	Feb.	Jan. – Feb.
Hochbau	3.442,4	6.716,8	10,9	15,1
Tiefbau	3.132,2	5.766,5	5,4	10,1
Wohnungsbau	1.298,7	2.672,6	6,5	13,7
Wirtschaftsbau	2.728,0	5.387,4	-1,7	7,7
Öffentlicher Bau	2.547,9	4.423,3	22,4	18,8
Insgesamt/nominal	6.574,6	12.483,3	8,2	12,7

Quelle: Statistisches Bundesamt

Termine 2019

17. und 18. August	ZDB beim Tag der Offenen Tür der Bundesregierung	Berlin
22. bis 27. August	WorldSkills	Kazan (Russland)
10. September	Fachversammlung Holzbau Deutschland	Bad Endorf
12. und 13. September	Werkstein '19: Fach- und Sachverständigenseminar	Neuruppin am See/ Berlin
18. und 19. September	Ausschuss Wirtschaft und Recht	Berlin
24. September 2019	Fachversammlung Estrich und Belag	Berlin
4. und 5. Oktober	Gipfeltreffen des Fachverbands Fliesen und Naturstein im ZDB	Iserlohn
5. und 6. November 2019	Betriebswirtschaftlicher Ausschuss	Berlin
9. bis 11. November 2019	Deutsche Meisterschaft in den Bauberufen	Bad Zwischenahn
12. und 13. November 2019	6. Deutscher Bauwirtschaftstag und 12. Deutscher Obermeisterstag	Berlin

Geburtstage

Am 2. Juni feiert **Dipl.-Ing. Hubert Schlun** seinen 80. Geburtstag. Schlun ist Träger des Ehrenrings des Deutschen Baugewerbes sowie Ehrenvorstandsmitglied des Verbandes. Herzlichen Glückwunsch!

Der Hauptgeschäftsführer der Bauwirtschaft Rheinland-Pfalz, **Prof. Dr. Martin Dossmann**, begeht am 17. Juni seinen 65. Geburtstag. Wir gratulieren!

Am 27. Juni begeht **Dipl.-Ing. (FH) Adolf Kugelmann** seinen 60. Geburtstag. Kugelmann ist Vorsitzender des Baugeräte- und Baumaschinenausschusses des ZDB. Herzlichen Glückwunsch!

Stuckateurmeister **Rainer König** begeht am 16. Juli seinen 55. Geburtstag. König ist Mitglied des Vorstands des ZDB sowie Vorsitzender des Bundesverbands Ausbau und Fassade im ZDB.

In memoriam

Am 24. März 2019 ist im Alter von 92 Jahren der Fliesen-, Platten- und Mosaiklegermeister **Paul Uth** verstorben.

Von 1988 bis 2000 war Uth Vorsitzender des Fachverbandes Fliesen und Naturstein und Vorstandsmitglied im Zentralverband des Deutschen Baugewerbes. Nach seinem Ausscheiden aus dem Vorstand des Fachverbandes Fliesen und Naturstein wurde Paul Uth zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Er war viele Jahre Landesfachgruppenleiter und Vorstandsmitglied im Baugewerbeverband Nordrhein. Von 1992 bis 1998 war er Präsident der Europäischen Union der Fliesenfachverbände.

Personalia

Am 19. März 2019 wählte die Mitgliederversammlung Herrn **Peter Nitschke** zum neuen Präsidenten des Baugewerbe-Verbandes Sachsen-Anhalt.

Nitschke ist seit 2008 der geschäftsführende Alleingesellschafter der Fliesen-Schreiber GmbH. Er fungiert seit Jahren im Vorstand der Fliesen-Innung Magdeburg und engagiert sich im politischen Umfeld seiner Harzer Heimatregion. Er ist zudem seit dem Jahr 2013 Mitglied des Präsidiums des Baugewerbe-Verbandes Sachsen-Anhalts, Mitglied der präsidiumsinternen Lenkungsgruppe und wurde mit seiner Wahl zum Präsidenten auch gleichzeitig zum Vorsitzenden des sozialpolitischen Ausschusses des Verbandes gewählt.

Der bisherige Präsident Herr Gerhard von Dehn Rotfelser wurde zum Ehrenpräsidenten gewählt.



www.zdb.de
ISSN 1865-0775